



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Rathausstr. 11
Trakt B, Raum 201
58095 Hagen

Tel.: 02331-2072380
Fax: 02331-2072091
Mail: kontakt@fdp-fraktion-hagen.de
Web: www.fdp-hagen.de

FDP-Fraktion • Rathausstr. 11 • 58095 Hagen

An die
Vertreter der Presse

PRESSEMITTEILUNG

Hagen, 03.04.2019

Diskussion um Mehrklassenbildung am Albrecht-Dürer-Gymnasium grenzt an Hysterie

Der Rat entscheidet am Donnerstag über die vom Schulausschuss bereits beschlossene Bildung einer dritten Eingangsklasse am Albrecht-Dürer-Gymnasium im Rahmen einer einmaligen Mehrklassenbildung. Nach Meinung der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Hagen grenzt die Diskussion um diesen Beschluss inzwischen an Hysterie. Der Schulfrieden werde nicht durch den Antrag, sondern durch den Ton der Debatte und die vielfältigen Falschbehauptungen auf Seiten der Gegner gefährdet.

„Es ist ein vollkommen normaler demokratischer Prozess, dass angesichts der Anmeldezahlen des Albrecht-Dürer-Gymnasiums über eine Mehrklassenbildung diskutiert wird. Wenn der Schulausschuss zu einem reinen Abnickgremium für Verwaltungsentscheidungen verkommt, die sich vornehmlich an einer fast zwanzig Jahre alten Entscheidung orientieren, können wir die Arbeit auch direkt einstellen“, so Katja Graf, schulpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Die beschlossene Mehrklassenbildung sei in keiner Weise schädlich für die Zügigkeit der anderen Gymnasien. Zudem wurden in der Vergangenheit ähnliche Ausnahmen gemacht.

Aus Sicht der Liberalen ist Schulpolitik kein Dogma und sollte sich vor allem bestmöglich am Willen der Eltern orientieren. „Das gilt im Übrigen auch für die Anmeldezahlen zu den Gesamtschulen“, so Graf weiter. „Wir sind hier gerne bereit alle Möglichkeiten offen zu diskutieren. Der Wunsch nach einer weiteren Gesamtschule rechtfertigt aber in keiner Weise die Angriffe auf die Schulleitung des Albrecht-Dürer-Gymnasiums und die Befürworter des Antrags. Spätestens bei persönlichen Anwürfen ist hier die Grenze erreicht.“

Claus Thielmann, Fraktionsvorsitzender der FDP übt auch Kritik an der Verwaltung: „Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie Mehrheitsbeschlüsse der Politik respektiert und nicht die Diskussionen mit dem ständigen Verweis auf eine möglicherweise negative Entscheidung der Bezirksregierung anheizt. Wir haben bisher keinerlei klaren rechtlichen Argumente gehört, warum eine einmalige Mehrklassenbildung nicht genehmigungsfähig sei. Auch nicht

von der in der Verwaltungsvorlage zitierten Abteilungsleiterin der Bezirksregierung. Wir gehen daher davon aus, dass einem möglichen Ratsbeschluss auch der notwendige demokratische Respekt entgegengebracht wird – von allen Seiten.“

(2359 Zeichen)